

Niederschrift

zur 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 04.06.2015	18.00-22.08 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Gerold Sachse , Janett Seiler , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ab 19.25 Uhr (TOP 8.1.),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Sebastian Rausch , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke , Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Anne-Gret Trilling , Christfried Tschepe ,

Gäste

40 interessierte Gäste

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom entschuldigt,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke entschuldigt, Karin Lehmann entschuldigt,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete (ab 19.25 Uhr, TOP 8.1 – 28) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur heutigen Sitzung werden nachfolgende Anträge eingebracht:

Antrag DIE LINKE: Gut für Fürstenwalde – Biodiversität sichern

Antrag DIE LINKE: Gut für Fürstenwalde – Fahrradfreundliche Kommune

Antrag DIE LINKE: Haushaltsberatung qualifizieren – Investitionsplanung und Eckwerte frühzeitig diskutieren

Antrag BFZ-Fraktion: Verkaufsverhandlungen zum Verkauf Holzhackschnitzelheizkraftwerk stoppen

Antrag BFZ-Fraktion: Überprüfung und ggf. Überarbeitung der Aufwandsentschädigungssatzung

Antrag BFZ-Fraktion: Sondersitzung zum Thema Zinsmanagement und Swap-Geschäfte

Die Verwaltung zieht die DS-Nr. 6/131 (TOP 8.13) zurück. Diese Beschlussvorlage soll erst in der nächsten Sitzung beraten werden. Heute ist zunächst über die Haushaltssatzung (Finanzierung der Maßnahme) und über den BPlan (Auslegungsentwurf) zu entscheiden.

Abg. Dippe beantragt, diese Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung zumindest anzudiskutieren. Dieser Antrag wird mit 8-Ja- und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Abg. Fischer regt an, generell einen Punkt Einbringung von Anträgen in die Tagesordnungen aufzunehmen.

Die BFZ-Fraktion vertritt die Auffassung, dass der Antrag Verkaufsverhandlungen zum Verkauf HHKW stoppen dringlich zu behandeln ist. Sie beantragt deshalb, ihn in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Dieser Antrag wird mit 7 Ja-, 14 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Darüber hinaus liegen Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge zur Haushaltssatzung und zur Änderung der Hauptsatzung vor. Diese werden in den entsprechenden Tagesordnungspunkten behandelt.

Die BFZ-Fraktion vertritt die Meinung, dass die Unterlagen zur DS-Nr. 6/095/1 Energieversorgung SCHWAPP nicht vollständig sind. Deshalb beantragt sie, diesen TOP von der heutigen Sitzung zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 8 Ja- und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Die Fraktion erklärt, an der Abstimmung zu dieser Beschlussvorlage nicht teilzunehmen.

Abschließend wird über die Tagesordnung in Gänze abgestimmt.

Zustimmung Ja 22 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 9. Sitzung vom 23.04.2015

Abg. Rudolph gibt den Hinweis, dass das Abstimmungsergebnis zu TOP 8.6. Satzung zum Bürgerbudget (zu 2, Absatz 1 Die Höhe des gesonderten Budgets für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Fürstenwalde/Spree beträgt jährlich 80.000 €) nicht stimmen kann.

Diese Anmerkung ist richtig.

Das tatsächliche Abstimmungsergebnis war 17 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Über die korrigierte Niederschrift wird abgestimmt.

Zustimmung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende dankt den Stadtverordneten für ihre Teilnahme am 08.05.2015 und für die Redebeiträge. Ebenso dankt er für die Teilnahme am 09.05.2015.

Er geht nochmals auf den ökumenischen Pfingstempfang ein, an dem Herr Fichtmüller mit der Ehrenbürgerschaft geehrt wurde. Abschließend dankt er allen Akteuren und Organisatoren für das gelungene Stadtfest.

Der Vorsitzende informiert, dass ab sofort im Festsaal ein freies WLAN verfügbar ist. Des Weiteren gibt er bekannt, dass die SPD-Fraktion für den Pool der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner Herrn Steffen Wenzek und Herrn Heinz-Georg Lehmann benannt hat.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über

- . 01.05. die Familiade, das Tierparkfest und die „Erweckung“ der Parkbühne, zu allen Veranstaltungen gab es positive Resonanz
- . 08.05. Lange Nacht der Museen im Zeichen des 70. Jahrestages des Kriegsendes
- . 09.05. Tag der Städtebauförderung – Tag des offenen Alten Rathauses
- . 20.05. Vergabe der Preise für die „Ermutigung“, die jetzt auf Wanderausstellung geht
- . 26.05. Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit Storkow und dem Amt Scharmützelsee für eine noch engere Zusammenarbeit
- . 29.05. Sommerfest der AWO und 25jähriges Bestehen des AWO-Kreisverbandes, Feier auf dem Hof der Kulturfabrik
- . 7.-14.6. 22. Brandenburgische Seniorenwoche mit der Ehrung verdienstvoller Ehrenamtler
- . 10.06. 22. Geburtstag von ALREJU und Übergabe des Staffelstabs von Frau Killisch an den neuen Heimleiter
- . 19.-21.6. Fürstenwalder Tage der Musik – organisiert vom Sängerkreis Oder-Spree – ein vielfältiges und buntes Programm im Bürgerhaus Fürstenwalder Hof
- . 03.07. @see Sommerfest auf Schloss Hubertushöhe
- . 9.-13.7. Fahrt anlässlich des 25jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft nach Reinheim
- . 09.07. 19.00 Uhr erste Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Asyl im Bürgerhaus Fürstenwalder Hof

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Die Gäste haben keine Anfragen.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Änderung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

6/132

Der Erste Beigeordnete erläutert, dass die am 12.3.2015 beschlossene Haushaltssatzung zwei genehmigungspflichtige Teile beinhaltet. Zum einen handelt es sich um die Kreditaufnahme für den Bau eines Bürogebäudes (§ 2) und zum anderen um die Verpflichtungsermächtigungen (§ 3) für drei Feuerwehrfahrzeuge auf Leasingbasis.

Die Genehmigung der Kreditaufnahme durch die Kommunalaufsicht wurde in Aussicht gestellt, wenn die volle Rentierlichkeit der Maßnahme nachgewiesen und die Höhe der tatsächlichen Kreditaufnahme nur für 2015 festgelegt wird. Diese Maßnahme ist für die Jahre 2015 und 2016 mit einem

Bauvolumen von jeweils 5,1 Mio€ veranschlagt. Um die Gesamtfinanzierung nicht zu gefährden, hat die Kommunalaufsicht auch die Genehmigung für die zweite Kredittranche für 2016 zugesichert. Die Genehmigung zum Leasing dreier Feuerwehrfahrzeuge wird von der Kommunalaufsicht abgelehnt. Hier wurde die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs auf Kreditbasis in 2016 in Aussicht gestellt, wenn das zweite Fahrzeug aus Eigenmitteln der Stadt finanziert (aus zur Verfügung stehenden Investitionspauschale) wird. Das dritte Fahrzeug soll dann 2017 ebenfalls aus Eigenmitteln finanziert werden. Alle drei Fahrzeuge sind in § 3 durch Verpflichtungsermächtigung abgesichert, können dann wenn das abgestimmte Leistungsverzeichnis vorliegt, zur Ausschreibung und Beauftragung gelangen. Dieser Zeitplan ist mit dem Leiter der Feuerwehr, Herrn Müller, abgestimmt.

Der vorliegende Änderungsantrag der BFZ-Fraktion sieht die Beschaffung des dritten Fahrzeugs bereits im kommenden Jahr vor. Das würde den Spielraum für weitere notwendige Investitionen einengen, deshalb bittet Dr. Fehse, der vorliegenden Haushaltssatzung zuzustimmen.

Abg. Rudolph erläutert den Änderungsantrag und begründet ihn u.a. damit, dass die Anschaffung aller drei Fahrzeuge dringlich ist und prioritär behandelt werden sollte.

In der Diskussion wird deutlich, dass in der Vergangenheit verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten gründlich erörtert wurden. Außerdem nimmt die Anschaffung bzw. Lieferung dieser individuellen Fahrzeuge einige Zeit in Anspruch.

Der Bürgermeister betont, dass auch die Feuerwehr selbst eine entsprechende Stellungnahme verfasst hat. Danach werden selbstverständlich alle aktuell zur Verfügung stehenden Feuerwehrfahrzeuge regelmäßig dem TÜV vorgestellt und befinden sich in einem verkehrssicheren Zustand. Unter Beachtung der zu erwartenden Einsatzbelastung wird sich in absehbarer Zeit daran nichts verändern. Des Weiteren teilt er mit, dass ab Auftragsvergabe mit einer 12monatigen Lieferzeit für die Fahrzeuge zu rechnen sei. Der Bürgermeister unterstreicht, dass die Lieferung, Einweisung und Indienststellung aller Fahrzeuge bis spätestens II. Quartal 2017 abgeschlossen sein soll.

Abg. Wende informiert, dass seine Fraktion das Abstimmungsverhalten konsequent umsetzen wird. Weil sie seinerzeit der Haushaltssatzung keine Zustimmung geben konnten, werden sie das jetzt auch nicht können, wenngleich gerade die Anschaffung der Feuerwehrfahrzeuge sicherer denn je erscheint.

Abg. Wagner betont die Mehr- und umfangreicheren Aufgaben der Stützpunktfeuerwehr im Mittelzentrum Fürstenwalde. Die technisch deshalb hoch ausgerüsteten Fahrzeuge sind entsprechend kostenintensiv und das Land fördert leider nicht die Anschaffung aller Fahrzeuge. Deshalb sieht sie hier auch das Land in der Verantwortung, ihre Förderpolitik im Sinne der Stützpunktfeuerwehren zu überdenken.

Auf Nachfrage des Abg. Zänker erläutert Dr. Fehse die nach Jahresscheiben aufgegliederten Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 7). Diese ermächtigen die Stadt zur Auftragserteilung zu Lasten künftiger Haushaltsjahre.

Über den Änderungsantrag der BFZ-Fraktion wird abgestimmt.
Er wird mit 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 23 Gegenstimmen abgelehnt.

Über die Haushaltssatzung wird in Gänze abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in den §§ 1,2 und 3 veränderte Haushaltssatzung 2015, die Änderungen in den Produkten 12610, Brandschutz und 11170, Liegenschaftsmanagement, sich daraus ergebenden Veränderungen im Gesamtergebnisplan, Gesamtfinanzplan, in der Liste der Investitions- und Finanzierungstätigkeiten und der Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Zahlungen gemäß Anlage.

Zustimmung Ja 17 Nein 8 Enthaltung 4 Befangen 0

Abg. Sarrach meldet sich zur GeschO und gibt zu bedenken, dass man sich in zum Teil angeregter und kontroverser Diskussion austauschen kann. Die Grenzen sind jedoch überschritten, wenn jemand persönlich angegriffen oder der Lüge bezichtigt wird.

TOP 8.2 Zukünftige Energieversorgung des Freizeitbades "schwapp"

6/095/1

Der Bürgermeister erläutert aufgrund eines regen e-Mailverkehrs, dass die Verantwortlichen für die Aufstellung der Wirtschaftlichkeitsberechnung anwesend sind und noch anstehende Fragen gerne beantworten.

Abg. Zänker bittet um einen Variantenvergleich zwischen 3 und 4 im Hinblick auf die Versorgungssicherheit.

Bevor die Mitarbeiter des SCHWAPP bzw. des beauftragten Ingenieurbüros auf die Fragen eingehen, wird ihnen grundsätzlich Rederecht erteilt.

Zuerst ergreift Herr Hellmann das Wort. Er erläutert die technischen Details der Fernwärmeversorgung bzw. einer Kesselanlage und beantwortet die Fragen der Stadtverordneten.

Abg. Hamacher moniert, dass angefragte Unterlagen zur Berechnungsgrundlage nicht zur Verfügung gestellt wurden. Er sieht sich deshalb nicht in der Lage, eine solide Entscheidung zu treffen. Zumal ursprünglich die Variante 3 favorisiert wurde.

Abg. Fischer schließt sich dieser Meinung an. Auch er hat noch eine Reihe von Fragen, die unbeantwortet bleiben.

Die Verwaltung stellt klar, dass bereits in der Hauptausschusssitzung und in Beantwortung verschiedener e-Mails mitgeteilt worden ist, dass die geforderten Unterlagen der Verwaltung nicht zur Verfügung standen, die Anfragen aber an das Ingenieurbüro weitergeleitet worden sind.

Herr Dr. Fehse erläutert, dass es dieser Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung auch nicht bedarf und geht dann auf die Details der Fernwärmeversorgung, Steuern und Entgelt ein und versucht, die Fragen zu beantworten.

Abg. Wende fasst nochmals zusammen, warum er die Variante 4 für die kostengünstigere hält und der Beschlussvorlage zustimmen wird.

Abg. Koch argumentiert ähnlich und erklärt seine Zustimmung.

Abg. Rudolph schildert ausführlich und im Detail, welche Gründe dafür sprechen, dieser Beschlussvorlage nicht zuzustimmen. Er wirft nochmals eine Reihe von Fragen auf.

Abg. Hemmerling erinnert an die anwesenden sachkundigen Vertreter. Er bittet, diese zu Wort kommen zu lassen und im Übrigen, diese Diskussion zu beenden.

Der Vertreter des Ing.-Büros erläutert ausführlich die Wirtschaftlichkeitsberechnung und betont ebenfalls, dass die angeforderten Unterlagen für die Entscheidungsfindung nicht relevant sind. Hätte er gewusst, dass Teile der Stadtverordnetenversammlung einen Lehrgang in Sachen Energiekostenberechnung hätten haben wollen, dann hätte er diesen Auftrag gegen Zahlung eines entsprechenden Honorars gerne angenommen.

Abg. Rudolph beantragt, die Entscheidung in den nicht öffentlichen Sitzungsteil zu verlegen. Dieser Antrag wird mit 8 Ja- und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Daraufhin beantragt der Abg. Hamacher eine kurze Sitzungspause, um in die vorliegenden Unterlagen Einsicht zu nehmen.

Anschließend wird die Sitzung fortgesetzt.

Die BFZ-Fraktion erklärt, an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teilzunehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Investition gemäß Variante 4 des Energiekonzeptes unter Einbeziehung der Konkretisierung vom 13.05.2015 (Revision 02) zur Abdeckung des Strom- und Wärmebedarfs des „Schwapp“ gemäß der Empfehlung der a.v.e. Energieberatungs- und Planungsgesellschaft mbH zu.

Zustimmung Ja 20 Nein 2

TOP 8.3 Wirtschaftsplan 2015; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 6/116

Abg. Fischer bezieht sich auf die Anregungen zur Preisgestaltung im SCHWAPP, um das Defizit zu minimieren.

Frau Müller geht auf das bisher beste erreichte Ergebnis ein und berichtet, dass für 2015 voraussichtlich lediglich ein Defizit von 157.200 € entsteht. Darüber hinaus informiert sie über die verschiedenen Angebote (Tageskarte, Vereinsschwimmen etc), die vorwiegend der heimischen Region zu Gute kommen.

Abg. Anke bittet an dieser Stelle, die Form der Befragung von Frau Müller abzubrechen, die hier unvorbereitet „vorgeführt“ wird. Der Bürgermeister bittet ebenfalls um mehr Fairness. Er betont, dass jedes Jahr die Preisgestaltung überdacht wird, um die städtischen Zuschüsse zu minimieren.

Abg. Fiedler dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SCHWAPP für die bislang geleistete Arbeit und sie erinnert, was alles unternommen wurde, um eine solche Attraktion in der Stadt anbieten zu können. Einer Preiserhöhung erteilt sie eine grundsätzliche Absage.

Abg. Wende geht davon aus, dass das SCHWAPP immer einen Zuschuss benötigen wird. Nichtsdestotrotz hat das Bad in den letzten Jahren eine sehr gute Entwicklung genommen, was nicht zuletzt auch ein Ergebnis vieler schmerzhafter Diskussionen war, die in allen Gremien geführt wurde. Er versteht es als einen öffentlichen Auftrag der Stadt, das Bad zu betreiben.

Der Abg. Hamacher verteidigt die Auffassung der BFZ, den Zuschuss so gering wie möglich zu halten und deshalb über Lösungsansätze zu diskutieren.

Abg. Rudolph fragt, ob es sich bei der Badbetrieung um eine freiwillige Leistung der Stadt handelt und ob die Gefahr besteht, dass das Bad schließen muss, sofern der Stadt ein Haushaltssicherungskonzept droht.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass der Eigenbetrieb mehrere Aufgaben hat. U.a. hat er sowohl hoheitliche als auch freiwillige Aufgaben zu erfüllen. Eine hoheitliche Aufgabe ist das Angebot des Schulschwimmens, alles andere (Spaßbad, Sauna etc) sind freiwillige Aufgaben. Sollte, so der Bürgermeister weiter, nur das Sportbad für den Schulsport aufrecht erhalten werden, würden sehr viel höhere Kosten anfallen, als die, über die aktuell diskutiert wird. Unter einem Haushaltssicherungskonzept würden sicherlich die freiwilligen Leistungen unter dem Aspekt der tatsächlichen Einsparungen auf den Prüfstand gestellt. Allerdings wären dann auch Einrichtungen wie die Kulturfabrik, Sportstätten etc. im Fokus.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2015 der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb.

Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 8.4 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwal- 6/130

de/Spree (Ortsteilbildung)

Zu diesem TOP liegen Änderungs- und Ergänzungsanträge vor. Abg. Sarrach aktualisiert seinen Antrag und fasst in Kürze zusammen, dass seiner Auffassung nach, nur eine Änderung des § 3(3) notwendig ist. Er bezieht sich auf das Kommunalwahlgesetz und zitiert die Verfahrensweise aus dem entsprechenden Paragraphen.

Er schlägt folgende Änderung vor:

In den Ortsteilen Trebus und Molkenberg ist jeweils ein Ortsbeirat mit 3 Mitgliedern unmittelbar zu wählen.

Dann kann der Abs. 4 gestrichen werden.

Die Bildung weiterer Ortsteile wird durch diese Änderung nicht behindert. Sollten weitere Ortsteilbildungen gewollt sein, ist die Hauptsatzung erneut zu ändern.

Nach kurzer Diskussion wird über den Beschlussvorschlag einschließlich des Änderungsantrages abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen von öffentlichen Straßen/Wegen, Plätzen und öffentlichen kommunalen Anlagen (Sondernutzungs- und Gebührensatzung) 6/115

Abg. Wende nimmt auf den § 7, Abs. 9 der Satzung Bezug und fragt, wer für Plakate diese Höhenbegrenzung regelt. Er weist darauf hin, dass diese Höhe für Wahlplakate nicht der Realität entspricht. Er schlägt deshalb vor, dass diese so anzubringen sind, dass der Straßenverkehr nicht gefährdet wird.

Abg. Sachse ergänzt, dass auch eine Festlegung über die Quantität der Wahlwerbung hilfreich wäre. Unklar ist generell, ob die Wahlwerbung überhaupt von der Satzung betroffen ist. Die stellv. Vorsitzende, Abg. Fiedler, schlägt vor, zunächst die offenen Fragen zu klären und in der nächsten Sitzung über die Satzung zu befinden.

Dem wird zugestimmt.

Zurückstellung Ja 24 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 8.6 Beschluss über die Vorplanung zum Neubau des Mitfahrerparkplatzes im südlichen Bereich des Ketschendorfer Angers, östlich der L35 August-Bebel-Straße in Fürstenwalde-Süd 6/129

Auf Nachfrage des Abg. Rudolph erläutert Herr Tschepe, dass die Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgewertet wurden. Die Einwände wurden in der Sachverhaltsdarstellung integriert und bewertet.

Abg. Rudolph hat noch weitere Anfragen und bezieht sich auf die Verkehrsaudits. Diese sollten, so im Stadtentwicklungsausschuss vereinbart, den Abgeordneten zur Kenntnis gegeben werden. Herr Tschepe erläutert, dass das Ergebnis aus dem Audit in der DS dargestellt ist. Das Verkehrsaudit wurde vom Land in Auftrag gegeben und der Landesbetrieb Straßenwesen hat untersagt, diese

Unterlagen herauszugeben. Die Verwaltung bietet jedoch an, diese im Fachamt einzusehen. Abg. Rudolph kritisiert das Verhalten der Verwaltung und formuliert nochmals ausführlich seine Sicht der Dinge und begründet, warum die BFZ-Fraktion dieser DS keine Zustimmung geben kann. Herr Tschepe erläutert den Sachstand nochmals ausführlich und weist darauf hin, dass im Detail alle Verfahrensschritte im Fachausschuss erläutert und demokratisch abgestimmt worden sind.

Abg. Wende stellt klar, dass das, was jetzt diskutiert wird und vorliegt, auch beschlossen und ausgeführt wird. Er stimmt Abg. Rudolph insofern zu, dass es eine Information hätte darüber geben müssen, dass das Audit nicht zur Verfügung gestellt werden darf. Er erinnert aber auch daran, dass auf demokratischem Wege eine mehrheitliche Grundsatzentscheidung getroffen wurde. Deshalb wird die Standortfrage nicht mehr aufgemacht. Er bittet, das zu akzeptieren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Vorplanung zum Neubau des Mitfahrerparkplatzes im südlichen Bereich des Ketschendorfer Angers, östlich der L35 August-Bebel-Straße in Fürstenwalde-Süd.

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 8.7 Sanierung zum Umbau und zur Modernisierung der sanitären Bereiche in der Turnhalle Holzstraße 6/117

Der Abg. Wende bemängelt den finanziellen Umfang der Sanierung und eine fehlende Vergleichsanalyse zu einem Neubau. Trotz dieser Umstände wird die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens „Sanierung, Umbau und Modernisierung der sanitären Bereiche“ in der Turnhalle Holzstraße wird entsprechend der vorliegenden Planung beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Grundsatzbeschluss Sanierung Fassade Sigmund-Jähn-Grundschule 6/119

Abg. Wende stellt die Frage, ob es nicht günstiger wäre, den Rückbau der Fassade und eine Fugensanierung vorzunehmen. Er hat dies bereits im Fachausschuss vorgeschlagen, jedoch noch keine Antwort erhalten.

Herr Tschepe erläutert, dass dieser Vorschlag noch geprüft wird. Allerdings merkt er an, dass nicht die Sanierung, sondern die Entsorgung des rückgebauten Materials hohe Kosten verursacht. Wenn sich also eine neue, andere Variante als machbar erweist und die Fassadensanierung auch auf anderem Wege realisiert werden kann, wird das natürlich berücksichtigt.

Im Ergebnis einer ausführlichen Diskussion soll der Beschluss um folgende Festlegung ergänzt werden:

Die Entscheidung über die Art und Weise der Sanierung wird vor der Genehmigungsplanung der STVV vorgelegt.

Zustimmung: Ja 28 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Danach wird über den Beschluss in Gänze abgestimmt.

Beschluss:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung der Fassade Sigmund-Jähn-Grundschule in der Wladislaw-Wolkow-Straße 36 und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur Leistungsphase 4 nach HOAI wird beschlossen. Die Entscheidung über die Art und Weise der Sanierung wird vor der Genehmigungsplanung der STVV vorgelegt.

Zustimmung mit Änderung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Abg. Sachse äußert die Bitte, an der neu gestalteten Fassade von vornherein Nisthilfen anzubringen.

Herr Tschepe stellt klar, dass die Stadt nach Artenschutzrecht verpflichtet ist, entsprechende Nistplätze am Gebäude oder im Umfeld anzubieten.

TOP 8.9 Bebauungsplan Nr. 95 "Kita-Standort Schillerstraße" hier: Aufstellungsbeschluss 6/123

Abg. Wende gibt den Hinweis, dass es bei aller Investitionsfreude Dritter auch seitens der Kommune die Notwendigkeit gibt, die eigenen Kindertagesstätten ordentlich zu sanieren und auszustatten. Er nennt hier z.B. die Investition in der Kita Trebus, die bis heute nicht in vollem Umfang realisiert worden ist.

Abg. Fischer verweist auf die jetzt schon schwierige Parksituation in der Schillerstraße.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Kita-Standort Schillerstraße“ für das Gebiet der Flurstücke 298, 299 teilweise, 457 der Flur 150; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Ausführungsbeschluss zur Umgestaltung der Einmündungsbereiche Briesener Straße, Buckower Straße und der Straße Seilerplatz in die Seilerstraße 6/125

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Umsetzung der Maßnahme: Umgestaltung der Einmündungsbereiche Briesener Straße, Buckower Straße und der Straße Seilerplatz in die Seilerstraße, wird gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung zugestimmt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.11 Bebauungsplan Nr. 81 "Gewerbestandort Thomas-Edison-Straße" hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB 6/126

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a BauGB beziehungsweise während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a BauGB Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie während der erneuten Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der

Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in Anlagen 2 und 3, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.

2. Auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748), wird der Bebauungsplan Nr. 81 "Gewerbstandort Thomas-Edison-Straße" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flurstücke 212, 124, 125, 123, 84/2 tw. und 210 tw. der Flur 19; Flurstück 126 tw. der Flur 106; Flurstücke 154 und 155 der Flur 108, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.12 Bebauungsplan Nr. 92 "Erweiterung Deutschlandzentrale NCC Am Nordstern" 6/127

hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Herr Tschepe beantwortet die Fragen des Abg. Rudolph insbesondere zum Abwägungsprotokoll, Seite 9, lfd. Nr. 19 zur Parkplatzsituation (Angebotsplanung). Danach stellt der Abg. Rudolph weitere Fragen zum Bauvorhaben. Das veranlasst den Abg. Wende, sich zur GeschO zu melden. Er hält all diese Fragen für richtig und wichtig. Aber nicht an dieser Stelle, denn hier wird zunächst über den Entwurf zur Auslegung befunden. Nunmehr besteht für jedermann 4 Wochen die Gelegenheit, alle Fragen zu stellen und von der Verwaltung eine Antwort zu erhalten. In diesem Sinne ermuntert er, sich im Rahmen des Auslegungsverfahrens zu äußern und heute der Auslegung zuzustimmen. Herr Tschepe nimmt die Hinweise des Abg. Rudolph dennoch auf und versichert, diese zu prüfen.

Beschluss:

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 92 "Erweiterung Deutschlandzentrale NCC Am Nordstern" (Stand 13.05.2015) wird zur Kenntnis genommen. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 8.13 Baubeschluss Neubau Bürogebäude Ehrenfried-Jopp-Straße 6/131

Zurückstellung

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete informiert auf die Anfrage des Abg. Anke zur Unterschriftenaktion für den Schleusenausbau. Der Vorstand des Vereins Weitblick e.V. hat festgestellt, dass derzeit 40.500 Unterschriften vorliegen. Für das Petitionsverfahren im Bundestag müssen insgesamt 50.000 Unterschriften vorliegen. Deshalb wirbt der Verein weiterhin auf bewährtem Wege und wird in der nächsten Vorstandssitzung darüber befinden, wie mit der Unterschriftenliste weiter zu verfahren ist.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Abg. Wende erinnert an den Antrag Schulsozialarbeit an Grundschulen. Seinerzeit wurde dazu ein Schreiben an den Kreistag verfasst.

Der Bürgermeister berichtet, dass er dieses Thema beim Landkreis nochmals in Erinnerung gebracht hat. Es wird der Wunsch geäußert, dass sich der Bürgermeister direkt mit einem Schreiben an den Landrat wendet.

Abg. Apitz fragt nach der Abmarkierung des Radweges in der Lindenstraße. Herr Tschepe berichtet, dass diese Arbeiten in Kürze (Juli/August) beginnen.

Abg. Apitz erinnert an das Aufstellen von notwendigen Sitzgelegenheiten auf dem Marktplatz. Die Verwaltung verspricht, hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen.

Abg. Sachse gibt den Hinweis, dass der Zweckverband zwischen Schweinemarkt und Dr. W.-Külz-Straße Arbeiten ausführt.

Er fragt, ob in diesem Zuge der gesamte Straßenabschnitt/Gehweg neu gepflastert werden kann. Die Verwaltung nimmt den Hinweis zur Prüfung auf.

Abg. Zänker moniert zum BPlan Lindenstraße Caravancenter, dass dort die Entwicklung ungebremst weitergeht, obwohl die STVV dem Plan nicht zugestimmt hat.

Herr Tschepe berichtet, dass die bauordnungsrechtliche Prüfung Sache des Landkreises ist. Die Entscheidung der STVV zur BPlan-Ablehnung wurde dem Investor mitgeteilt. Nunmehr liegt es an ihm, seine Planung offenzulegen, falls diese Entscheidung nochmals korrigiert werden soll. Bislang hat er dies noch nicht getan.

Abg. Dippe fragt, wer die Leistungen nach HOAI (Leistungsphase 1 bis 4) für NCC beauftragt hat. Die Abg. Hamacher und Dippe hatten in dieser Woche Akteneinsicht genommen, demnach gibt es ein Angebot an die Stadt.

Der Bürgermeister bezieht sich auf die bisherigen Beschlüsse, wonach die Realisierung erst nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht möglich ist. Demzufolge stellt er richtig, dass noch keine Aufträge durch die Stadt ausgelöst wurden. NCC hat inzwischen schriftlich erklärt, dass sie die Kosten der Vorplanung von rd. 300 T€ tragen, wenn das Vorhaben aus von ihnen zu vertretenden Gründen oder der Nichtgenehmigung durch die Kommunalaufsicht nicht zustande kommen sollte. Auf die Nachfrage zur Ausschreibung der Planungsleistungen berichtet Herr Tschepe, dass es auch aus Sicht der Stadt sehr sinnvoll war, mit den Planern zu arbeiten, die bereits das ursprüngliche Gebäude realisiert haben.

Abg. Fischer fragt zum Waldweg Onkel Toms Hütte nach dem Stand der Dinge.

Der Bürgermeister berichtet, dass der Eigentümer von Onkel Toms Hütte hier eigenständig tätig geworden ist. Es handelt sich um einen Waldweg, der sich im Eigentum des Stadtforstes befindet. Deshalb wird hier auch der Stadtforst tätig. Dieser hat eine Bewertung des Materials eingefordert. Danach ist das eingebrachte Material als Z 0-Material eingestuft worden. Weitere Prüfungen werden derzeit vom Landkreis vorgenommen. In Abhängigkeit der Ergebnisse muss dann über die weitere Verfahrensweise entschieden werden.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 22.47 Uhr. Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin

